

**Oberbürgermeister Gregor Kathstede**

**Fraktionen von  
SPD  
Grüne  
FDP  
CDU  
UWG**

**Rathaus**

Von-der-Leyen-Platz 1  
47798 Krefeld

Tel. 02151 / 86-2012  
linke-  
ratsgruppe@krefeld.de

Raum C 26

**Bürozeiten**

Dienstag 15-18 Uhr  
Donnerstag 9-12 Uhr

23. März 2010

### **Erhebung einer Millionärssteuer zur Haushaltssicherung der Kommunen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, den oben genannten Punkt auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 14. April 2010 zu nehmen und den folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen.

#### **Antrag**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, auf Landes- und Bundesebene sowie im NRW-Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ initiativ zu werden, um eine Millionärssteuer zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch zugunsten unserer Stadt einzufordern.

Die Millionärssteuer soll nach folgenden Eckpunkten erhoben werden: Bei einem Schonvermögen von einer Million Euro ist auf Beträge, die darüber hinaus gehen, eine Sondersteuer von 5 v.H. zu erheben. Bundesweit kommt so ein Betrag zur Bekämpfung der Krisenfolgen und Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben in Höhe von ca. 80 Mrd. Euro zusammen. Die Hälfte davon soll zur Entschuldung der Länder und Kommunen eingesetzt werden. Gemäß seinem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 22 v H würde Nordrhein-Westfalen 8,8 Mrd. Euro zusätzlich erhalten. Die Stadt Krefeld könnte mit aktuell rund 240.000 Einwohnern mit über 120 Mio. Euro rechnen.

#### **Begründung**

Die Konsolidierung des Krefelder Haushalts darf nicht zu Lasten der Krefelder Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten der Stadt Krefeld und der kommunalen Betriebe gehen. Schon jetzt, wo der Haushaltsplan noch nicht vorliegt, gehen angesichts der „Mindereinnahmen“ des letzten Doppelhaushalts

die Gerüchte über Kürzungen und Schließungen um. Weder die bestehenden Schulden der Stadt noch die fehlenden 70 Millionen Euro aus dem letzten Doppelhaushalt können durch weitere Streichungen, Schließungen und Reduzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der öffentlichen Arbeits- und Ausbildungsplätze ausgeglichen werden. Zugleich steigt der Reichtum einiger weniger ins Unermessliche. Die nun seit einigen Jahrzehnten schon anhaltende Unterfinanzierung der Aufgaben der öffentlichen Hand ist auch steuerpolitisch mit verursacht worden.

Da es sich hierbei um steuerpolitische Maßnahmen handelt, die in der Regelungskompetenz des Bundes liegen, sind hierzu politische Beschlüsse des Bundes und des Landes erforderlich.

Ratsherr Basri Cakir  
Ratsherr Joachim Gabriel  
(Geschäftsführer

F.d.R.  
Stefan Müller